Meine sehr verehrten Frauen und Männer,

es ist mir eine liebgewordene und nur im letzten Jahre unterbrochene Gewohnheit, an dem Aschermittwochstag in Vilshofen zu sprechen. Ich brauche nicht mehr zu wiederholen, was Kollege Unertl gesagt hat, nämlich daß für uns der Aschermittwoch in Vilshofen nicht ein politischer Zirkus oder eine krachlederne Schau, sondern immer die Beschäftigung mit der politischen Lage und mit ernsten politischen Themen gewesen ist. Dieser Aschermittwoch in Vilshofen hat immer der politischen Aufklärung, der Darlegung unseres politischen Standpunkts und der Erläuterung der politischen Situation gedient. Wenn man im Jahre 1984 mit diesem Vorhaben an diesem Tage und vor diesem großen Kreise spricht, dann muß man zunächst wohl einmal versuchen, die Zeit in der wir leben, das Jahr 1884, in den Zusammenhang des Ablaufes der Ereignisse, in den Zusammenhang des Ablaufes der Nachkriegsgeschichte einzuordnen. Vor kurzem habe ich im Bayerischen Rundfunk gesagt, was ich hier wiederholen möchte: Das Jahr 1964 wird nicht so sehr ein Jahr der großen politischen Entscheidungen in der Bundesrepublik sein, obwohl es manche politischen Entscheidungen bringen wird, es wird vor allen Dingen das Jahr der Vorbereitung politischer Entscheidungen sein, es wird das Jahr der Weichenstellungen, das Jahr der Klärungen werden. Im Jahre 1963, und zwar in seinem letzten Viertel, hat sich ein Ereignis vollzogen, das lange vorbereitet worden ist, lange in der öffentlichen Diskussion erörtert worden ist und das lange nicht nur die Presse, sondern auch die allgemeine öffentliche Meinung beschäftigt hat, nämlich der Übergang vom einen Kanzler zum anderen. In der Weimarer Republik war der Übergang vom einen Reichskanzler zum anderen kein so großes Ereignis mehr. Was möchte ich damit sagen? Wenn man die deutsche Nachkriegsgeschichte einzuteilen versucht, dann kommt man zu der Feststellung, daß wir uns jetzt im dritten Abschnitt befinden. Der erste Abschnitt war die Zeit von 1945 bis 1948, möchte ich einmal sagen, manche sagen vielleicht auch 1949. Aber ich sage bewußt 1948 und werde das auch kurz erläutern. Das war die Zeit unmittelbar nach dem Zusammenbruch, die Zeit in der bei uns das politische Leben von der untersten Stufe her unter Zwang und Kontrolle der Besatzung bei einer sich allmählich ändernden, im erfreulichen Sinne sich wandelnden Besatzungspolitik vollzogen hat.

Aber eine Zeit, in der wir kaum eigene Entscheidungen treffen konnten und in der unser Spielraum auch in der Innenpolitik, angefangen von den Steuergesetzen bis zu den Zuteilungen von Lebensmitteln, Baustoffen, Textilien usw., außerordentlich gering war. Als zweiten Abschnitt möchte ich werten die Zeit von 1943/49 bis 1963. Ich nehme deshalb das Jahr 1948, weil in diesem Jahr eine Entscheidung getroffen worden ist, die für unsere gesamten Lebensverhältnisse, aber auch für die gesamte politische Entwicklung von außerordentlicher Bedeutung war. Es war nämlich die Entscheidung für die Marktwirtschaft gegen die Zwangswirtschaft. Es war die Entscheidung für eine unter sozialen Gesichtspunkten stehende aber trotzdem freie Wirtschaft gegen Befehls- und Planwirtschaft. Es war eine Entscheidung, die den wesentlichen Auftrieb für unseren wirtschaftlichen Auftrieb bedeutet hat. Diese Entscheidung hängt mit Arbeitsleistung und Person des heutigen Bundeskanzlers aufs engste zusammen. Wir haben uns damals im Jahre 1948 bei den Beratungen im Frankfurter Wirtschaftsrat sehr wohl überlegt, ob wir dieser neuen Linie, die vorbereitet worden ist, folgen können und es gab da und dort Bedenken, manche Ängstlichen sagten, das kann nicht gutgehen, es ist noch zu früh dafür. Ich darf aber feststellen, das ist keine Übertreibung, daß gerade die Abgeordneten damals der Christlich-Sozialen Union bei dem Hin und Her der Meinungen, bei dem Hin und Her der Diskussion, ihr Gewicht ohne Ausnahme in die Waagschale geworfen haben, um die Marktwirtschaftspolitik Erhards einzuleiten und ihr zum Erfolge zu verhelfen. Ich möchte auch sagen, daß die großen Erfolge Adenauers, eines Mannes, der in die Zeitgeschichte und vielleicht in die Geschichte bereits mit seinen Leistungen eingegangen ist, daß die großen Leistungen Adenauers ohne den durch die Marktwirtschaft bedingten Aufbau im Inneren nicht möglich gewesen wären. Beide hängen mit ihrer Arbeit und mit ihrer Leistung, mögen sie auch manchmal verschiedener Meinung gewesen sein, mag auch der eine lange gewartet haben, bis er drankam, und mag der andere diesen Zeitraum noch so lang wie möglich ausgedehnt haben, aber beide hängen mit ihrer Arbeit und mit ihrer Leistung doch aufs engste in diesen Schicksalsjahren in der deutschen Politik zusammen. Dann kommt vom Jahre 1963 an der dritte Abschnitt dessen Ende sich

nicht übersehen läßt, man soll auch bei dieser Gelegenheit sich nicht unter die politischen Propheten begeben. Eines kann man allerdings sagen, und das hat Ludwig Unertl angedeutet und das möchte ich mit aller Deutlichkeit wiederholen: Mit Erhard hat ohne Zweifel eine neue Ära der deutschen Politik begonnen, eine Era, die immer vom Mann geprägt wird. Jeder der beiden - Adenauer und Erhard - hat seinen eigenen Stil, hat sein eigenes Weltbild, hat sein politisches Programm, hat seine Schwerpunkte und Akzente, aber, und das möchte ich mit aller Klarheit und mit aller Unzweideutigkeit feststellen: Wir haben mit der Wahl des neuen Kanzlers keine neue Politik gewählt, sondern wir haben uns damit für die Fortsetzung der alten Politik mit neuen und zeitgemäßen Methoden entschieden (Beifall). Manches, was Adenauer getan, geplant, entschieden hat, mag zeitbedingt gewesen sein, mag mit dem Tage oder mit den Jahren wieder vergehen, aber bestimmte Grundlinien der deutschen Politik, das Bekenntnis zu Europa, die Bereitschaft zur aktiven Mitwirkung für das Zustandekommen der Vereinigten Staaten von Europa, wie ich es kühn nennen möchte, die Bereitschaft zur Verteidigung unserer Freiheit, die Bereitschaft, in das atlantische Bündnis einzutreten und dort unsere Pflicht zu erfüllen, die kompromißlose Ablehnung des Kommunismus in all seinen manchmal schillernden Erscheinungsformen, Versuchungen und Verlockungen, das Bekenntnis zur Demokratie, zur verantwortungsbewußten Demokratie, das Bekenntnis zur Sicherheit nach außen, aber auch zur Freiheit in Verantwortung nach innen, diese Elemente der Adenauer-Politik sind unwandelbar und haben eine neue deutsche politische Tradition begründet und bei der wollen wir auch bleiben. (Beifall). Wenn ich vorher sagte, der Wechsel von einem Reichskanzler zum anderen hätte wohl nicht so viel Aufsehen erregt und hätte nicht so viel Zeit gekostet, das war damals auch gar nicht möglich. Denn wir hatten in den 14 Jahren der Weimarer Republik 21 Reichsregierungen unter 12 verschiedenen Kanzlern. Und wenn man daneben bedenkt, das ist vielleicht auch schon ein Urteil über den Wert unserer Politik, ein Urteil, wenn man bedenkt, das die gesamte Weimarer Republik 14 Jahre gedauert hat und wenn man danebenhält oder gegenüberhält, daß allein die Amtszeit des ersten Bundeskanziers nach dem zweiten Weltkrieg ebenfalls 14 Jahre, im großen und ganzen immer mit ein und

derselben politischen Mehrheit - in freien Wahlen zustandegekommen -, gedauert hat, dann ist das allein schon eine positive Aussage. Ist das allein schon eine Dokumentation für unseren politischen Willen und für unseren politischen Erfolg, nämlich diesem Volke, das in der Zeit von 1914 bis 1948, in 54 Jahren, eine menschliche Generation, so viel erlebt hat an Tiefpunkten, an scheinbaren oder echten Höhepunkten, so viel erlebt hat an Not und Leid, auch an Blut und Tränen, an Anstrengungen nutzloser Art, daß wir unseren Auftrag darin sehen, diesem Volke im Inneren Ruhe, Aufbau, Wohlergehen, und nach außen Sicherheit und Freiheit und eines Tages die Einheit zu schaffen! (Beifall). Es ist nicht die Zeit der Sondermeldungen gewesen, es war nicht die Zeit der stürmischen Erfolge, es war auch nicht die Zeit der Ausdehnung des deutschen Lebensraumes, denn wir sind schon zweimal ausgezogen um den deutschen Lebensraum zu erweitern und jedesmal war er kleiner, wenn wir wieder heimgekommen sind, wenn wir überhaupt heimgekommen sind und wann usw. Und darum glaubten wir von Anfang an, und ich möchte hier gar nicht über das Thema "Politik und Ethik" vor diesem Kreise sprechen, obwohl es ein sehr lohnendes und gerade unter den heutigen Gesichtspunkten attraktives Thema wäre, aber wir glauhten, verpflichtet zu sein, diesem Lande und diesem Volke soweit es nicht unter der Diktatur des Kommunismus stand, ein Kapitel für sich, darauf werde ich noch zu sprechen kommen, diesem Lande und diesem Volke Ruhe, Frieden, Wohlstand und die Möglichkeit zur persönlichen Entfaltung und zum menschlichen Glück zu geben, soweit das von der Politik her beeinflußt werden kann. Ich glaube auch, daß Sie alle, wie Sie hier sind, gar nichts anderes wollen, als in Ruhe Ihrer Arbeit nachzugehen, sich Ihrer Familie zu widmen, Ihrer Existenz dienen und endlich wieder einmal ohne das jährliche Auf und Ab von Katastrophen, Kriegsgefahren und ähnlichen Dingen Ihrer Arbeit nachgehen zu können. Das ist es, was Sie wollen, das ist es, wozu Ihnen unsere Politik verholfen hat und auch weiter verhelfen wird, wenn wir und Sie dieser Politik treu bleiben. (Beifall).

Ich habe diese drei Abschnitte der deutschen Nachkriegspolitik genannt, wir stehen am Beginn des ersten Abschnittes. Ich möchte einmal auf

die Faktoren zu sprechen kommen, die unsere politische Situation bestimmen, die unser politisches Handeln bestimmen. Wenn ich vorher von den 34 Jahren gesprochen habe von 1914 bis 1948, dann werden Sie ohne nähere Erläuterungen von meiner Seite wissen, was ich damit meine. Sehr viele hier in diesem Raume haben diese ganze Zeit erlebt. Sehr viele in diesem Raume haben den Ausbruch des ersten Weltkrieges erlebt, ich war damals noch minus ein Jahr alt, aber vom Rest habe ich auch noch einiges miterlebt. Wenn man im Jahre 1914 gefragt hätte, wie soll das weitergehen, vor Ausbruch des ersten Weltkrieges, da gab es manche, darf ich sagen, Einfaltspinsel. um keinen ganz häßlichen Ausdruck zu gebrauchen, es gibt auch andere Ausdrücke, die würden heißen Esel, die gesagt haben, so gehts nicht weiter. Keiner hat genau gewußt, warum es eigentlich so nicht weitergehen soll, aber es war so die allgemeine Zeitstimmung, es war auch ein gewisser Kulturpessimismus, auch eine gewisse Untergangsstimmung, so gehts einfach nicht weiter. Dabei wären alle ein paar Jahre später froh gewesen, wenn es so weitergegangen wäre wie zu der Zeit, zu der sie erklärt haben, es ginge nicht so weiter. Und daran soll man auch heute denken, wenn manche bei uns das Leben so unerträglich in der Bundesrepublik finden. Wir sind in der Hinsicht ein völlig liberales, tolerantes Land, es kann jeder rein, der rein will, es kann aber auch jeder naus. der naus will. Wir fordern gar keinen auf, rauszugehen, aber bei uns lebt, der soll das Land nicht schlecht machen, seine politischen Verhältnisse nicht herabsetzen (Beifall), und wenn er glaubt, es sei in der Bundesrepublik so besonders unerträglich, dann soll er sich halt was Besseres suchen, als es bei uns gibt. Wir fordern ihn gar nicht auf, rauszugehen, er ist ein hochwillkommender Bürger bei uns und er fühlt sich auch sehr wohl, vor allen Dingen, wenn, wie es bei manchen Literaten der Fall ist, die steigende Kaufkraft der Bevölkerung auch ihm zu steigenden Gewinnen und zu recht hohem Einkommen verholfen hat. (Beifall). Es fragt sich, ob es nämlich außerhalb der Bundesrepublik auch noch ein Land gäbe, in dem er für seine geistigen, halbgeistigen oder ungeistigen Erzeugnisse gleichviel Einkommen beziehen würde. (langer Beifall).

Damit ich ja nicht mißverstanden werde, ich sage nicht, er soll nausgehen, ich sage nur, wem es nicht past, der kann nausgehen und wer hierbleiben und kritisieren will, der muß sich auch gefaßt machen, daß er unserer Kritik vor der Öffentlichkeit unterzogen wird! (Beifall). Ich habe von den Jahren 1914 bis 1948 gesprochen und ich möchte es noch mit ein paar Worten skizzieren. We nn man im Jahre 1914 jemanden gefragt hätte, vor Ausbruch des ersten Weltkrieges oder auch bei Ausbruch des ersten Weltkrieges, als die große Begeisterung, die große Hurrastimmung war, Weihnachten sind wir wieder zu Hause, Umweg über Paris usw., wenn man damals jemanden gefragt hätte, hat das Bestand, was bei uns ist, wird der deutsche Kaiser bleiben, wird in Bayern die Monarchie bleiben, man hätte den Fragesteller überhaupt nicht verstanden, man hätte die Frage überhaupt nicht begriffen. Es war so selbstverständlich, diese Welt schien bei aller Kritik, bei allem Geschwätz, so gehts nicht weiter und so, diese Welt schien auf Dauerhaftigkeit gegründet zu sein. Es war auch kein Wunder, nach der Reichsgründung durch Bismarck 1871 kamen 43 Jahre der großen wirtschaftlichen Entwicklung auch Ansätzen einer sozialen Entwicklung, es kamen die großen Ausdehnungen

in wirtschaftlicher Hinsicht, auch nach Übersee, "autschland schickte sich an, aus einer europäischen Großmacht, man muß sagen leider, mit dem Versuch, eine Weltmacht zu werden und niemand konnte glauben, vorausahnen, daß diese europäische Staatenwelt damals bereits vom Untergang bedroht war. Man soll auch nicht sagen, meine lieben Freunde, daß der Untergang der europäischen Staatenwelt mit dem Ausbruch des ersten Weltkrieges eingeleitet worden ist. Denn die Weichen sind zum ersten Weltkrieg schon lange vor 1914 gestellt worden. Die Weichenstellung war auch nicht absichtlich, vielleicht wie bei Hitler, der den kleinen Krieg, einer nach dem anderen, wollte, er wollte vielleicht nicht den Weltkrieg, der ihn umbringt, aber den kleinen Krieg, nur zuerst Polen und dann einen weiteren und einen weiteren, damals wurde der Krieg nicht bewußt vorbereitet, alle Beteiligten schlitterten hinein, taumelten hinein blind, wir brauchen uns auch heute nicht mehr mit dem Argument auseinanderzusetzen, etwa, daß Deutschland den ersten Weltkrieg verschuldet habe. Beim zweiten

Weltkrieg mögen die Dinge anders liegen, aber beim ersten Weltkrieg hat die Geschichte, die Geschichtsforschung, das längst widerlegt. Man soll auch nicht sägen, daß die Deutschen etwa dazu verurteilt oder dazu verdammt seien, nun immer eine Gefahr darzustellen, den Krieg zu wollen, die Nachbarn zu unterdrücken, ein chaotisches Volk zu sein, wo das faustische Können sich sozusagen nur für negative Zwecke ausgewirkt habe, wir sollen auch unser eigenes Nest nicht so beschmutzen, daß wir damit die Ansätze für die Zukunft verlieren. Wir sollen nicht vergessen was geschehen ist, schon, damit sich Gleiches nicht wiederholen kann, wir sollen aber auch nicht zulassen, daß unser Volk durch eine gewisse Negativpropaganda, zum Teil im Inneren unseres Landes und mit großer Wirksamkeit außerhalb unseres Landes ständig herabgesetzt wird. (Beifall). Wir sollten dem entgegenwirken und ich wage es, auch heuer wieder zu sagen, ich habe es wahrscheinlich schon in früheren Jahren hier gesagt, wäre nicht die große Weltwirtschaftskrise mit ihrer großen Massenarbeitslosigkeit gekommen zu all den anderen Umständen nach dem zweiten Weltkrieg hinzu, Hitler wäre nicht zur Macht gekommen, denn Millionen, die ihn damals gewählt haben, die wollten nur den Ausweg aus Not und Verzweiflung unter starker Führung, sie wollten aber nicht einen Unrechtsstaat, eine Diktatur, eine Tyrannei oder gar etwa den zweiten Weltkrieg. Aber, 1914 brach der erste Weltkrieg aus und damit begann die Auflösung der europäischen Staatenwelt. 1913 Revolution, Inflation, 1923 die totale Verarmung des gewerblichen Mittelstandes, und vieler anderer Kreise durch die Umstellung von einer Billion, glaube ich, ist es gewesen, auf eine lientenmark im November 1925, man kann es sich kaum mehr vorstellen, die Scheinblüte der Weimarer Republik in den 53/27er Jahren. Beginn der Weltwirtschaftskrise, Massenarbeitslosigkeit, Massenverzweiflung, und daran sollten heute manche denken, die allzu sehr die Arbeit geneigt sind, als einen Fluch zu betrachten, den man möglichst verkürzen und verkleinern müsse. (Beifall). Wir haben ja durch unsere Marktwirtschaftspolitik den sozialen Aufstieg herbeigeführt und darum ist es nicht nur eine Ungerechtigkeit, es ist eine Unwahrheit, uns entgegenhalten zu wollen, daß wir gegen den sozialen Fortschritt seien, wir kennen aber auch eine Propaganda, eine

x) muß wohl ersten heißen

Pseudopropaganda zu dem Pseudofortschritt, die sich zum Schluß als Rückschritt auswirken wird, wenn wir ihr zum Opfer fallen würden. Meine sehr verehrten Frauen und Männer, dann kam das Dritte Reich, das brauche ich nicht zu schildern, mit seinem scheinbaren Aufstieg, wirtschaftlich, äußerlich gesehen, war er auch zunächst glanzvoll, was dahinter sich an Blut und Leid und Tränen verbarg, hat das Ausland auch nicht, oft nicht gesehen, hat auch das Inland oft nicht gesehen, und ich muß auch hier an dieser Stelle sagen, wenn man dem Trambahnschaffner vorgeworfen hat, daß er zur Partei gegangen ist, man kann doch von ihm nicht mehr Verstand verlangen, als von ausländischen Staatsmännern, Parteiführern und Diplomaten, die sehr wohl Hitler ihren Tribut, Respekt und Beifall gezollt haben (Beifall). Wir vollen damit gar nichts beschönigen, was geschehen ist, aber wenn man die Ursachen und Wurzeln ergründet, dann kamman es nicht in der Schwarz-Weißmalerei tun, daß alle anderen reine Engel gewesen seien und wir das genaue Gegenteil. Und dann kam der Zusammenbruch mit den drei trostlosen, in der wirtschaftlichen Lage immer noch mehr absinkenden Jahren von 1945 bis 1948, bis mit der Währungsreform der erste Ansatz zu einemUmschwung und zu einem Aufstieg gekommen ist, den damals niemand für möglich gehalten hätte. Wenn manche unserer heutigen Kritiker, Alleswisser, Besserwisser, im Jahre 1948 ein Zukunftsprogramm für Deutschland entworfen hätten, für die Bundesrepublik entworfen hätten, sie hätten es nicht gewagt, die Ziele hinzustellen, die in der Zwischenzeit durch uns erreicht worden sind, weil sie gar nicht an sie geglaubt hätten. Aber das ganze ist 84 Jahre, eine menschliche Generation, was ist eine menschliche Generation, im Leben, eines Menschen ist es viel, der Hauptbestandt eil seines Lebens, da ja die Lebenserwartung des Menschen durch die Fortschritte der modernen Medizin und durch den wirtschaftlichen Aufstieg immer noch stärker gewachsen ist, in der Zeitrechnung der Geschichte sind 34 Jahre nicht sehr viel, es ist eine kurze Epoche, oft steht über 34 Jahre überhaupt nichts drin im Geschichtsbuch. In der kosmischen Rechnung, in der Entwicklung der Menschheit oder der Erde und der Planeten sind 34

Jahre ein Augenblick, gar nichts. Was aber in diesen 34 Jahren sich ereignet hat, das war für die Generation vor uns und für unsere Generation, ein furchtbares, ein blutiges und ein mahnendes Schicksal. Selten ist einer Generation soviel widerfahren, wie in dem Zeitraum von 1914 bis 1948. Ich wage nicht, über die Schuldfrage hier im einzelnen zu reden, ein billiges Urteil etwa darüber abzugeben. Aber daraus ziehen wir die Rechtfertigung für unsere Politik, nämlich daß wir seit dem Jahre 1948 durch inneren Aufstieg und äußere Sicherheit wesentlich dazu beige tragen haben, daß seit dem 15 Jahre immerhin verstrichen sind unter unserer politischen Führung, in der die Menschen bei uns zwar hart arbeiten mußten, aber nicht mehr geschüttelt waren von Krisenangst und von Kriegsfurcht und nicht mehr Angst zu haben brauchen vor einer abenteuerlichen Politik, wo sie endlich wieder sicht entfalten und ihren natürlichen Aufgaben und Bestimmungen nachgehen konnten, die nicht darin bestehen, Krieg zu führen. Diese 15 Jahre, vergleichen wir sie mit 1914 bis 1929, was ist in diesen 15 Jahren alles passiert, oder gehen wir zurück von 1945 bis 1980, was ist in diesen Jahren alles passiert. Und wenn wir uns heute zur Adenauer-Politik bekennen, dann nicht, um unsere Ware zu loben, oder um dem alten Herren einen Gefallen zu erweisen, sondern in der Erkenntnis, daß die Fortsetzung dieser Politik dazu führen wird, diese 15 Jahre als den guten Beginn einer neuen Tradition zu verstehen oder ihre Aufgabe eines Tages zu der bitteren Einsicht führen müßte, daß das die goldenen Jahren waren, deren Frucht man verspielt habe. (Beifall). Welche Faktoren bestimmen denn unsere Politik. man kann sie nicht mehr vergleichen mit den Umständen von 1914 oder 1925 oder auch von 1938. Ich möchte sie in & Funkton zusammenfassen. Einmal wird unsere gesamte politische Situation durch die Tatsache des permanenten Krieges, den der Kommunismus gegen die Freiheit in der Welt führt, bestimmt. Ich glaube nicht, daß die Russen Teufel sind und die Amerikaner Engel, das ist ja nicht so zu verstehen, es ist auch bei uns nicht alles Gold was glänzt und es ist auch drüben nicht alles bitterste Finsternis, es gibt auch drüben da oder dort mutige Menschen, es gibt weite Bevölkerungsschichten, die sich gegen die Tyranei auf-

lehnen in stummer passiver Resistenz, weil sie es offen nicht tun können, weil sie entmutigt worden sind seit 53 und 56 Berlin und Ungarn. Aber, ich möchte nicht vom Ost-West-Konflikt reden. Dieses Wort gehört zu den vielen Sprachschöpfungen, die irreführende politische Wirkung haben. Es handelt sich nicht darum, das Ost und West automatisch in einem Konflikt miteinander stehen müßten, vielleicht weil zwei Großreiche da sind, da USA und dort die Sowjetunion. Heute ist es nicht mehr so, daß das Nebeneinander von 2 Staaten automatisch zu Spannungen, vielleicht gar zu kriegerischen Handlungen führen müßte. Im Gegenteil, die bitteren Erfahrungen der ersten Hälfte in diesem Jahrhundert und die, man kann ohne Übertreibung sagen, apokalyptischen Aspekte der modernen Technik in ihrer militärischen Anwendung haben dazu geführt, daß auch die Großen, gleichgültig, unter welchen Motiven, man kann im Westen sagen, auch aus moralischen Motiven, das Mittel des Krieges oder kriegsähnliche Auseinandersetzungen aus ihrer Vorstellungswelt überhaupt gestrichen haben. Es ist doch ein ungeheurer Vorteil, wenn man daran denkt, das wir noch in den Zwanzigerjahren zwar mit dem Ruf "nie wieder Krieg" aufgezogen worden sind, daß aber trotzdem am Horizont immer das Wetterleuchten war, es könnte wieder zu einer deutsch-französichen Auseinandersetzung kommen mit Weiterungen, es könnte, so dachte man damals, auch zu einem Krieg England-Amerika oder zu einem Krieg Japan-Amerika usw. kommen. Es ist auch ein Krieg gekommen, wenn auch sein Ausbruch anders war, als man ihn sich vorgestellt hat, aber Ost-West-Konflikt würde heißen, daß der Osten der Westen einfach, sei es aus Absicht, sei es aus Naturhaß der Unvermeidbarkeit, sei es aus geschichtlicher Gesetzlichkeit, gegeneinander stehen müssen. Und das ist nicht wahr. Das russische Volk, das polnische Volk, das tschechische Volk, das ungarische, das rumänische und bulgarische will genauso wenig die permanente Revolution oder den permanenten Krieg wie das französiche, deutsche, englische, amerikanische und was immer Sie es sonst nenner mögen. Es muß also etwas anderes sein und ich wage es, auch im Zeitalter der Koezistenz und der Entspannung, wo man ja dann leicht als der letzte Anhänger oder der letzte Held des kalten Krieges bezeichnet oder diffamiert wird, zu

sagen, daß die Spannung eben daher kommt, weil der Kommunismus sich die Weltrevolution und die Welteroberung auf die Fahnen geschrieben hat und mit verschiedenen Methoden, mal mit blutigem Krieg, mal mit kaltem Krieg, dieser Zielsetzung bis heute treu geblieben ist. Daher kommt die Spannung und nicht, weil Ost und West im Naturhaß gegeneinander stehen müssen. Wenn ich sage permanenter Krieg. dann möchte man entgegenhalten, ja wir haben doch Frieden. Ja, wir haben wohl nach unserer Vorst ellung einen bewaffneten Frieden oder einen bewaffneten Waffenstillstand, wir haben auch keinen Krieg, so, wie wir den Begriff Krieg anwenden. Aber wir leben trotzdem in einer permanenten Auseinandersetzung. Die Sowjetideologie und die großen Techniker ihrer Anwendung, die Propheten sind vielleicht vergangen, heute haben wir die großen Schüler, die großen Techniker ihrer Anwendung, zu denen auch Chruschtschow gehört. Die stehen nach wie vor im Kriege gegen uns, sie haben allerdings die Vorstellung vom letzten großen Krieg, der noch in Lenins Gedankenwelt und in Stalins Gedankenwelt eine dominierende Rolle spielte, die Vorstellung hat Chruschtschow gestrichen. Er hat sie nicht gestrichen, meine Damen und Herren, weil Chruschtschow von Anfang an eine humanitäre, vielleicht karitative Erscheinung gewesen wäre. Chruschtschow war einer von Stalins grausamsten Genickschußkommissaren. In der Zeit, in der er in der Ukraine als Chef der kommunistischen Partei und als Ministerpräsident gewirkt hat, hat er seine blutige Spur gezogen. Heute predigt er gegen Stalin, er mag einsehen, daß die Politik Stalins verfehlt war, er mag Reformen eingeführt haben, wir wollen das nicht bestreiten, wir wollen auch nicht bestreiten, das Chruschtschow mit alien Mitteln den Ausbruch eines dritten Weltkrieges verhindern will. Nur möchte ich sagen, daß es bei ihm nicht die moralischen Mctive sind, sondern daß es bei ihm das Nützlichkeitsdenken der Kommunisten ist, nämlich einzusehen, daß der moderne Krieg auch seinen eigenen Urheber verschlingen würde, einzusehen, daß der dritte Weltkrieg ein unermeßliches Elend über die ganze Menschheit bringen und daß der dritte Weltkrieg auch die Sowjetunion zerstören würde und daß es in ihm weder Sieger

noch Besiegte gäbe. Um Chruschtschow sieht den Aufstieg des Kommunismus von 1917 an mit Auf und Ab, aber trotz seiner großen Macht, die heute eine Milliarde der Menschheit bereits umfaßt, bis zum Jahre 1964, und er weiß, das alles wäre mit einem Federstrich ausgelöscht, wenn er falsch reagieren würde. Darum ist Chruschtschows Koexistenzpolitik, im Sinne keinen blutigen Krieg zu führen, durchaus ernst zu nehmen. Nur sollen wir uns deshalb nicht dem schönen Traume hingeben, daß damit der Kommunismus sehon seine Weltrevolution-und Welteroberungsziele aufgegeben hätte. Er sieht nur ein, daß er sie gegen Europa und gegen Amerika nicht mehr mit den Mitteln des militärischen Krieges verfolgen kann.

Meine Damen und Herren, was haben wir mit dieser Politik zu tun? Wir können für uns nicht in Anspruch nehmen, etwa die westliche Politik maßgebend bestimmt zu haben, oder ihre führende Macht geworden zu sein. Das ist nicht eine Übertreibung, sondern das ist töricht geradezu. Aber eines können wir für uns in Anspruch nehmen, daß wir durch den wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbau in der Bundesrepublik und durch unser Ja zur europäischen Einigung und durch unsere Bereitschaft zur militärischen Verteidigung innerhalb der NATO einen wesentlichen Anteil an dieser Politik geleistet haben. (Beifall). Wenn man vom Jahre 1964 spricht, dann erlauben Sie mir, zwei andere Zahlen zu nennen. Vor 50 Jahren ist der erste Weltkrieg ausgebrochen, im Jahre 1914, vor 25 Jahren ist der zweite Weltkrieg ausgebrochen, obwohl es auf der Welt heute alles andere als ruhig und friedlich ist und obwohl auch wir innerhalb der westlichen Gemeinschaft unsere Gegensätze und Spannungen haben, trotzdem zeichret sich, und ich hoffe, daß ich damit recht habe, ich bin personlich überzeugt davon, zeichnet sich weit und breit kein Ansatz zu einem weltweiten militärischen Konflikt ab. Er würde sich auch nicht abzeichnen, wenn wir vor den Sowjets kapituliert hätten, wer kapituliert, der braucht sich nicht zu verteidigen. Aber das Ziel war ein doppeltes. Erstens die Freiheit zu erhalten und den Krieg zu vermeiden. Und dieses Ziel ist auch durch die Leistung unseres Volkes und durch unsere Folitik erreicht worden. (Beifall).

Wir haben mit dieser Politik, gerade in den vergangenen Jahren, manches Opfer verlangt, ich höre noch sehr wohl die Ohne-mich-Sirenen in unserem Lande, ich sehe sie wohl/noch, die Ostermarschierer, die mit den Füßen und dem Gehirn, die Ostermarschierer, von denen ein Teil heute das Gedächtnis verloren hat, die waren gar nie dabei, beim Ostermarsch. Weder mit den Beinen, noch in der Gesinnung, im Gegenteil, sie sind heute rührend treue Anhänger der NATO geworden, sie sind heute rührend treue Anhänger der europäischen Einheit geworden und sie sind geradezu besorgte Verfechter der Bundeswehr geworden. Meine Damen und Herren, ich möchte weder in persönlichen noch in billigen Kategorien denken, aber die mögen über mich sagen, was sie wollen, über Adenauer haben sie auch schon viel gesagt, eines können sie nicht bestreiten, daß sie vor unserer Politik kapituliert haben, auch wenn sie uns persönlich bis zum Extrem bekämpft haben (starker Beifall). Nun heißt es manchmal, ja damals waren wir dagegen, aber heute sind andere Umstände eingetreten, darum sind wir dafür. Und sie lassen dabei ganz offen erkennen, das bei einer anderen Politik auch die Entwicklung anders hätte gehen können, oder, deutlicher ausgedrückt, daß wir im Falle eines Verzichtes auf Anschluß an den Westen, im Fall e eines Verzichtes auf militärische Verteidigung, im Falle cines Verzichtes auf Mitarbeit in der NATO, eben doch der Wiederve reinigung ein Stück nähergekommen, ja sie vielleicht sogar erreicht hätten. Einer derjenigen, der es immer wieder sagt, weil er unvorsichtiger ist als die Sozialdemokraten, das ist unser lieber Freund Thomas Dehler, der also wieder einmal die Blauc Blume entdeckt, den Schlüssel der Weisen gefunden und Zugang zum Gelobten Lande gefunden hat, der mit seinem Stab Wasser trägt aus trockenen Felsen, mit der einmaligen Erkenntnis daß man durch Austritt, wir aus der NATC, und die Sowjetzone - er sagt jetzt wohl DDR - aus dem Warschauer Pakt, die Wiedervereinigung bewerkstelligen könnte. Meine Damen und Herren, wenn es so einfach wäre, wenn es so einfach wäre, daß wir durch Austritt aus der westlichen Militärgemeinschaft in der Lage wären, ein einheitliches, freies, demokratisches

äußerlich unabhängiges Deutschland zu errichten, dann wäre das ein ernstes Thema der Überlegung. Aber meine Damen und Herren, woraus nimmt denn Herr Dehler den Optimismus und die Überzeugung, daß die Sowjets bereit wären, die kommunistische Zone abzubauen, wenn wir dafür auf die Mitgliedschaft in der NATO verzichten würden? Meine Damen um Herren, die Sowjets befinden sich ohne Zweifel in einer schwierigen Lage, denn immer weiter ist die Differenz zwischen Ideologie und politisch geschichtlicher Wirklichkeit. Nach der sowjetischen Ideologie, dem historischen Materialismus, itt ja die ganze Entwicklung der Menschheit gesetzmäßig vorgeschrieben. Ein Prozeß, der unaufhaltsam, ein Prozeß, der auch nicht rückgängig gemacht werden kann, ich darf es mit ein paar Stichworten sagen, der Primitivkommunismus des Steinheitalters etwa, dann kommt das Sklavenzeitalter, dann kommt die feudalistische Zeit, das Hereinreichen in Absolutismus und dann kommt die kapitalistische Zeit, beginnend mit der modernen, der ersten industriellen Revolution und dann kommt das kommunistische Zeitalter. So ist der Gang der Menschheitsgeschichte. Und sie glauben, sie sagen es auch heute noch, sie machen die kühnsten Bocksprünge, um die Richtigkeit ihrer Lehre noch überhaupt den Menschen einigermaßen glaubhaft zu machen, daß diese Entwicklung aufhaufhaltsam sei und sie haben immer geglaubt, daß nach dem zweiten Weitkriege die ja bereits eingeleitete Zerstörung man kann ruhig sagen, der bereits eingeleitete Untergang Europas, endgültig sein werde und daß Europa in den großen kommunistischen Einheitsstaat, Dinheitsblock, eingezogen werde. Es gibt ein Buch "Kardinal Spell man-Story", die Unterredung zwischen Präsident Roosevelt und dem Kardinal vom Soptember 1944. Der Kardinal fragt den damals mächtigsten Mann der Welt, der bereits drauf und dran war, die erste Atombombe zu haben, fragt ihn, wie wird es denn aussehen, wie soll das weitergehen, damals stand es schon mit einer jeden Zweifel ausschließenden Sicherheit fest, daß die Achsenmächte Deutschland-Italien-Japan den Krieg verlieren werden. Das stand absolut fest, daß der militärische Sieg der Alliierten nur noch eine Angelegenheit von Monaten sein konnte.

Roosevelt sagte, die Welt wird nach dem Kriege 5 Großmächten gehören. Amerika mit seinen Interessen für den pazifischen Raum, England mit Mittelmeer und Afrika, China mit Ostasien und dann die Sowjetunion, der die Herrschaft über ganz Europa zufallen wird. Er sah damals schon das geschichtliche Ende Europas gekommen. Vielleicht hätte auch er, wenn er länger gelebt hätte, eingesehen, daß diese Rechnung falsch war und falsch sein mußte. Aber ich gebe mich keinem Zweifel darüber hin, daß die große Welle der Austreibung, die bei uns ja zunächst unermeßliches Elend hervorgerufen hat, heute kann man sagen, daß der Zuwachs an Menschen ein Hauptelement des wirtschaftlichen Aufstiegs geworden ist, aber dazwischen lag eine Strecke von einigen Jahren furchtbaren Elendes, heute kann man glaube ich auch sagen, daß der Sinn der Austreibung für die Strategen des Kreml darin bestand, inder heutigen Bundesrepublik, in den damaligen drei Westzonen, ein solches Maß an Elend und Not und Verzweiflung zu erzeugen, daß daraus die Bürgerkriegsgesinnung, der Radikalismus, der Klassenkampf, und die Bereitschaft zur Revolution erwachsen sollte. Und wenn, meine Damen und Herren, wir uns über unsere Politik unterhalten, dann nicht in der Schwarz-Weiß-Technik, dann dürfen wir aber eines sagen, die Leistungen unseres Volkes in allen seinen Schichten, ob Bauer oder Arbeiter, ob Kaufmann oder Beamter, ich kann nicht alle Schichten jetzt aufzählen, die Leistung unseres Volkes, dazu gehört auch das große Werk der Eingliederung der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, hat dazu geführt, daß diese Rechnung des Kremls, die mit dem Elend spekuliert und aus dem Elend sich die Bolschewisierung erwartet hat, durchkrouzt worden ist (Beifall). Als diese Rechnung durchkreuzt war, hat der Kreml auch weiterhin verzucht, die Bundesrepublik in den Zustand der Isolierung, der Waffenlosigkeit, wie man so schön sagt, in der Neutralität, der friedliebenden Verhältnisse zu erhalten. Man hat niemals uns freie Wahlen angeboten für einen Verzicht auf Bewaffnung, das stimmt einfach nicht. Man hat uns nur immer Hoffnungen gemacht, aber man hat jenen Schritt verhindert; in den Jahren, in denen wir keine Waffen hatten, als sie die Volksabstimmung/verlangt haben in ganz Deutschland, als die Einreise der UNO-Kommission in die

Sowjetzone verweigert worden ist, wissen Sie es noch, im Jahre 1951/52, man hat keinen Schritt getan in dieser Richtung, warum denn meine Damen und Herren? Weil der Kommunismus vor zwei Phänomenen steht, erstens dem Phänomen, daß seine Krisenlehre des Kapitalismus nicht stimmt. Die kommunistische Krisenlehre, die davon ausging, daß in der nichtkommunistischen Welt eine Wirtschaftskrise nach der anderen kommen wird, daß die Staaten sich in den Haaren liegen werden um Rohstoffgewinnungsgebiete, um Absatzmärkte, und daß dann eine Wirtschaftskrise nach der anderen kommen wird, aus den Wirtschaftskrisen weitere Kriege erwachsen werden und daß zum Schluß die revolutionäre Arbeiterschaft, die ausgebeutete, sich erheben "Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!", die Internationale singen, und die Revolution durchführen würde. Und jetzt sehen sie, daß von einer kommunistischen Revolution bei uns gar keine Rede sein kann, ich darf das nur nebenbei sagen, denn wir könnten gar nicht die Parkplätze alle bauen, wo die Revolutionäre zusammen-Die potentiellen Revolutionäre kommen könnten (bravo...). in der Moskauer Rechnung und diese Rechnung geht nicht aus. Jetzt müssen sie ihren Leuten das begreiflich machen. E ine zweite Rechnung geht auch nicht auf. Nicht nur die Krisenlehre des Kapitalismus stimmt nicht, auch seine Lehre von den Dauerkriegen zwischen den nichtkommunistischen Staaten stimmt nicht. Und darum stimmt auch seine Lehre nicht von der letzten großen bluten Revolution, die zusammen mit dem dritten Weltkrieg den Endsieg in der ganzen Welt für den Kommunismus herstellen soll. Nun sitzen sie in der Zone, sie haben die gesamte Bevölkerung mit wenigen Ausnahmen dort gegen sich. Wenn sie uns freie Wahlen gäben ohne jede Gewalttätigkeit, mit stufenlosem, reibungslosem, völlig friedlichem Übergang, dann würden ohne jeden Zweifel um die 90 % der Bevölkerung herum gegen den Kommunismus votieren. Ob er Ulbricht heißt oder ob er Stoph heißt, spielt in dem Zusammenhang keine Rolle. (Beifall). Meine Damen und Herren, wenn aber die Bevölkerung gegen den Kommunismus votieren könnte, wenn der Kommunismus liquidiert würde, ich sage nicht beseitigt würde, mit Gewalt ausgerottet würde, nein, ich sage durch freie Wahlen gemäß dem

Willen der Bevölkerung mit Amnestie für all die, die dunkle Dinge in diesen Jahren getrieben haben, wir denken gar nicht an Rache, aber wir denken auch nicht daran, uns das Recht der Selbstbestimmung nehmen zu lassen. (Beifall). Und wenn der Kommunismus liquidiert würde, gewaltlos, durch Entscheid der Bevölkerung, feste Abmachung, was wäre das in der sowjetischen Rechnung, meine Damen und Herren? Das wäre das offene Eingeständnis des Zusammenbruches der Lehre vom historischen Materialismus. Das wäre der offene Zusammenbruch der kommunistischen Ideologie un d der Triumph der Ideologie, man soll das Wort Ideologie nicht gebrauchen in dem Zusammenhang, der Triumph der Idee, der Freiheit und der echten Demokratie. Und darum, meine Damen und Herren, geht es nicht so einfach, wie Herr Dehler es glaubt, daß wir nur aus der NATO austreten müßten und selbstverständlich würde dann die Sowjetzone in freier Entscheidung, man stelle sich das vor, bei der Hörigkeit Ulbrichts gegenüber Chruschtschow! in freier Entscheidung aus dem Warschauer Pakt austreten und dann käme die Wiedervereinigung. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das soll man dem deutschen Volke nicht erzählen, denn das ist, ich möchte nicht sagen, eine bewußte Irreführung, ich möchte ihm nichts unterstellen, er mag persönlich daran glauben, aber das ist eine Fehldarstellung der geschichtlichen und der politischen Situation, eine Fehldarstellung, die verhängnisvolle Folgen haben würde, wenn die deutsche öffentliche Meinung sich diesen Fehlglauben zu eigen machen würde (Beifall). Der Einbruch der Sowjetunion nach Mitteleuropa, von Hitler heraufbeschworen, von den Westmächten, besonders von den Amerikanern in seiner Tragweite viel zu spät erkannt, ist eine echte geschichtliche Katastrophe. Ich habe das Wort hier schon oft gesagt, man kanns nicht oft genug sagen. Die napoleonischen Kriege waren vorübergehender Natur mit all ihren Verschiebungen der Landkarte und ihren blutigen Folgen, die übrigen Kriege des 19. Jahrhunderts wiegen dagegen überhaupt nicht, der erste Weltkrieg war die Einleitung der großen Katastrophe, der Auflösung der europäischen Staatenwelt. Und darum komme ich zum zweiten Faktor der deutschen Politik

herausstellt. Aber wenn man den Namen Churchill genannt hat, dann muß man drei Namen dahinter nennen. Diese Namen heißen: deGasperi, Schumann und Adenauer. Das waren die drei großen kontinentaleur gäischen Länder: Italien, halb Sieger halb Besieger, mehr Besiegter als Sieger, Frankreich, Sieger, aber, aber, und Deutschland. das besiegte Land. DeGasperi, Schumann und Adenauer. Ohne sie, ihren Zusammenklang, ihre gemeinsame, ich darf sagen christlichabendländische Überzeugung, umgesetzt in ihr politisches Handeln, hätten wir nicht das erreicht, was wir erreicht haben (Beifall). Nun, meine Damen und Herren, es ist hier nicht die Zeit, über die schwierige Problematik, Europa der Sechs, Europa der Sieben mit England oder gar Acht und Neun mit Dänemark und Norwegen und weiterer zu sprechen, denn das wäre allein der Inhalt eines sehr langwierigen und komplizierten Vortrages. Aber wir sollen uns an das Nächstliegende halten, und das Nächstliegende muß für uns sein, den Bund mit Frankreich so gut wie möglich auszubauen und so eng wie möglich zu gestalten. Wir lassen uns hier nicht in eine Alternative hineintreiben: Wer für Frankreich ist, ist gegen Amerika oder wer für Amerika ist, der muß gegen das Frankreich von heute sein. Meine Damen und Herren, glauben Sie mir eines: Wenn heute deGaulle die Bereitschaft zeigt, in einigen Punkten den amerikanischen Forderungen nachzugeben, wird er mit offenen Armen von den Amerikanern aufgenommen werden. Glauben Sie mir noch eines: Es steht auch nirgendwo geschrieben, daß Frankreich in der deutschen Frage immer härter sein muß und härter sprechen muß als wir. Das kann sich Frankreich nur unter der gegenwärtigen Führung leisten. Wir haben gar keinen Grund, uns irgendwie mit Frankreich auseinanderzusetzen. Sondern wir haben allen Grund, den deutsch-französischen Vertrag zum Instrument einer gemeinsamen Politik zu machen, ohne daß wir in allen Fragen deshalb derselben Meinung sein müßten. Meine Damen und Herren, es gibt Sternstunden in der Geschichte der Völker, die dauern eine bestimmte Zeit, solange eben eine Stunde in der Geschichte dauert. Und wenn diese Sternstunden nicht ausgenutzt werden, dann gehen sie vorbei und kehren nie mehr wieder.

Das meine ich, meine Damen und Herren, wenn ich von dem Verhältnis Deutschland-Frankreich spreche. Ich glaube, wir sollten heute hier einen echten Wunsch haben. Den Wunsch, daß der Besuch des Bundeskanzlers mit seinen Mitarbeitern morgen in Paris zu einem vollen Gleichklang und zu einer gemeinsamen politischen Aktion, nicht nur zu einer Beteuerung des Aussöhnungswillens führen möge (Beifall). Meine Damen und Herren, das ist kein Wort gegen England. Aber so, wie die Dinge liegen, ist ein politischer Fortschritt in Richtung einer politischen Union Europas in diesem Stadium mit England nicht möglich. In diesem Stadium, nicht, weil wir es nicht wollen, aber weil deGaulle aus Gründen, die zu analysieren ich hier nicht befugt bin, gegen die Einbeziehung Englands ist und weil im übrigen wohl auch beim kommenden Wahlkampf in England die europäische Frage nicht gerade eine gute Rolle spielen wird, so, wie er sich abzuzeichnen beginnt. Wenn wir aber das Europa der 7 nicht sofort schaffen können, der 8 oder 9, dann sollen wir aber alles tun, um den Block der EWG auch im Sinne einer politischen Entwicklung zu einer politischen Union weiterzuführen. Nirgendwo steht geschrieben, daß dann die 6 ewig die 8 bleiben müssen, nirgends steht geschrieben, daß dann dieses kleinere Europa - so klein ist es auch nicht. die 5 haben zusammen 180 Millionen Menschen, das sind soviele Einwohner, wie die gesamten Vereinigten Staaten von Amerika heute haben, wenn auch ihr Land kleiner ist, ihr Raum kleiner ist, ihre Wirtschaftskraft ist ungeheuer stark, und sie ist von Jahr zu Jahr gewachsen und sie wird weiter wachsen und sie kommt uns allen zugute. Deshalb sollen wir alles tun. was wir können, um auf dem Wege zu den Vereinigten Staaten von Europa mit Frankreich zusammen eine neue Initiative zu ergreifen und zu einer Konföderation zu kommen, d.h., zu einem europäischen Staatenbund. an dessen Ende dann der Übergang zum europäischen Bundesstaat stehen kann. DeGaulle ist ohne Zweifel nicht nur ein vielleicht manchmal harter und eigenwilliger Kopf, er ist auch ein Realist. Er hat eines erkannt was wir vielleicht in dem Gefühl des Zusammenbruchs und in der ausbrechenden Begeisterung für Europa in dieser Schärfe nicht gesehen hatten, daß nämlich auch die Völker und ihre Wirtschaftssozialsysteme erst sich

angleichen und zusammenwachsen müssen, bis ein gemeinsamer Staat, ein Bundesstaat, möglich ist. Das Gesetz des Werdens ist für die Vereinigten Staaten von Amerika anders als für die Vereinigten Staaten von Europa. Warum, brauche ich hier nicht zu erläutern. Hier war es die Ausdehnung von einer Küste quer durch das Land, der Zug nach dem Westen, die Besiedlung der Gegenküste, da wurde New Frontier, neues Land gewonnen. Bei uns sind es alte, sehr alte, zum Teil über 1000 Jahre alte Staaten, mit einer tragischen Geschichte, mit einer oft sehr blutigen Politik, mit ihren nationalen Differenzierungen, das muß abgebaut werden und muß zusammenwachsen. Aber erlauben Sie mir zu dem zweiten Faktor der deutschen Politik zu sagen, daß wir von der Union CDU und CSU das feierliche Versprechen immer ablegen und erneuern wollen, daß wir diesem Ziele treu bleiben und ohne Verleugnung unserer nationalen Interessen, ohne überschäumende Begeisterung, aber als Realisten konsequent und zäh und dem Gewissen verpflichtet fühlen, auf diesem Weg weiterzugehen, damit wir oder unsere Kinder die Vereinigten Staaten von Europa erleben werden. (Beifall). Das dritte Lebensgesetz ist für uns als Europäer die enge Bindung mit Amerika. Die enge Bindung nicht in einem atlantischen Bundesstaat, der noch einer Zukunft angehört, die zeitlich überhaupt nicht definiert werden kann. Ich habe einmal eine Vorlesung darüber gehalten an einer Universität in Washington, um einmal die Stimmung zu prüfen, um die Reaktion festzustellen, aber ich war mir wohl bewußt, daß der nächste und übernächste Schritt nicht ein atlantischer Bundesstaat sein kann, aber die Schicksalsgemeinschaft Europa-Amerika. Und der Zusammenklang und des Zusammenwirken Europas und Amerikas in der größten Kombination, die es jemals in der Geschichte gegeben hat, nicht einer Kombination mit expansiven, kriegerischen und militärischen Absichten, aber einer Kombination, die militärisch unangreifbar ist, die wirtschaftlich stärker ist, sozial fortschrittlicher ist als alles was es je gegeben hat, diese Kombination wird den Kommunismus ad absurdum führen. Und das, meine Damen und Herren, ist der einzige Ansatzpunkt zur Wiedervereinigung, der ohne ein wunderbares Ereignis, der ohne ein Zufall, an den man nicht glauben soll in der Politik,

realistisch ist. Die Kombination Amerika-Europa ist stärker, als alles, was es an Kombinationen auf dieser Welt gibt. Der Kommunismus kommt keinen Schritt mehr weiter, wenn diese Kombination zusammenhält. Und hier setzt die Kritik ein. Ich möchte nicht sagen, an wem. Man kann nie sagen, einer oder ein Land ist schuld. Was wir dringend brauchen, ist eine, nicht nur ein enges Zusammenrücken, sondern eine enge Koordinierung der Politik der NATO-Staaten, vor allen Dingen ihrer führenden Mächte. Und hier müssen wir in aller Offenheit feststellen, daß es Dissonanzen gibt, weil man sich nicht abspricht, weil man sich nicht in einer Gemeinschaftsarbeit die politischen Richtungen, die politischen Pläne, die politischen Pläne und Schritte festlegt. Ich möchte nicht richten, ob deGaulle rechtgehabt hat, mit der Anerkennung Pekings oder nicht, daß er sich etwas gedacht hat dabei und daß es ein großes Spiel von ihm ist, das kann man nicht bestreiten, das wird auch in weiten Kreisender Vereinigten Staaten von Amerika anerkannt. Was wir aber erreichen müssen, und was deGaulle durch sein Vorgehen offensichtlich erreichen will, erzwingen will, das ist eine Führung der westlichen Welt durch die führenden wirtschaftlichen, politischen, militärischen Mächte im Sinne einer koordinierten und einheitlichen Politik. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das sind die drei großen, ich darf sagen außenpolitischen Lebensgesetze. Aber mit diesen geht Hand in Hand etwas anderes, nämlich eine Kombination von drei Faktoren, die unsere innere Entwicklung bestimmen. Das eine ist der soziologische Umwandlungsprozeß, in dem wir uns befinden. Den kann man nicht künstlich stoppen, den kann man auch nicht bloß ignorieren und den kann man nicht durch Abwarten einfach nicht zur Kenntnis nehmen. Das Bayern von heute ist nicht mehr das Bayern unserer Väter und das Bayern unserer Großväter. Heute ist die Auseinandersetzung mit der Bayernpartei hier bloß noch so am Rande angeklungen; wenn ich an die dramatischen Schlachten denke, die hier und anderswo stattgefunden haben, könnteman beinahe sagen, das ist die pazifistische Endperiode. Aber so möchte ich es nicht ausdrücken. Ich möchte auch die Herren der Bayernpartei in keiner Weise herabsetzen, so sehr wir uns im politischen Raume bekämpft

haben. Sie hatten noch, ich bitte, mir das Wort nicht übelzunehmen, eine Vorstellung, daß man das Bayern des 19. Jahrhunderts wieder schaffen könnte. Frei von Nichtbayern nach alter Vätersitte, die auch nicht immer so einwandfrei war, wie man sie nachher darstellt, wie die gute alte Zeit, die es auch nie gegeben hat, die immer bloß die Nachwelt erfindet, wenn es ihr noch weniger gefällt, als es früher gewesen ist, die des Bayerns, lassen Sie mich mal sagen, etwa Ludwigs II. Wir haben in unserem Ansatz selbstverständlich aus weltanschaulichen Grundsatzerwägungen heraus, aber auch aus politischen Einsichten heraus diese Vision vom alten Bayern, die für uns als Urbayern sehr liebenswert war, immer als politisch unmöglich abgelehnt. Bayern hatte vor dem 2. Weltkrieg 6,7 Millionen Einwohner. Bayern hat heute 9, 6 Mill. Einwohner und es werden immer noch mehr trotz Westdeutschen Rundfunks, es werden immer noch mehr (Beifall). Es werden nicht nur mehr, weil die Menschen länger leben, weil mehr Kinder auf die Welt kommen als im gleichen Zeitraum sterben, sondern Bayern übt auch eine magische Anziehungskraft für alle Nichtbayern aus. Ich weiß es als Chef einer der größten Unternehmungen, die es jemals in Deutschland gegeben hat, mit 400.000 Soldaten und 100.000 Zivilbediensteten, daß eine der größten personellsten Schwierigkeiten immer darin bestand, jemand von Bayern wieder wegzuversetzen, auch wenn sein Geburtsort nicht in Bayern lag. Der einzige tröstende Ausgleich war oft nur eine Beförderung, und nicht einmal das. Nun, es muß etwas Merkwürdiges darum sein, ich sage es im ironischen Tone, nicht im polemischen oder aggressiven oder satirischen oder gebässigen Stile. Ich bin auch fest überzeugt, wenn der Herr Rexhausen a bissl alter, a bissl gscheiter, a bissl vernünftiger worden ist, dann wird er vielleicht sich sogar a mal a Häusl am Alpenrand kaufen. Dann kann er aus erster Hand über uns Bayern schreiben und nicht aus der Entfernung, aus der luftleeren Dünne des Norddeutschen Rundfunks (Beifall). Auch Bayern ist nicht mehr das alte Bayern; wenn wir heute die Zusammensetzung unserer Bevölkerung ansehen. 75 % der Menschen in Bayern sind heute abhängige Existenzen, Arbeiter, Angestellte, Beamte, Rentner, Pensionäre. 25 % sind noch selbständige Existenzen, davon 16 % in der Landwirtschaft mit den

Familienangehörigen, 9 % in der gewerblichen Wirtschaft. Und in der Landwirtschaft stimmt die Ziffer schon nicht mehr genau, weil die überwiegende Mehrheit der bäuerlichen Betriebe, der Zahl nach die überwiegende Mehrheit der bäuerlichen Betriebe heute bereits zwei Einkommensquellen hat. Eine Einkommensquelle irgendwe aus der gewerblichen Wirtschaft und eine noch aus dem meist nicht sehr umfangreichen Grundbesitz und aus dem nicht sehr umfangreichen Viehbestand, aber beide, die sogenannten Nebenerwerbssiedlungen, obwohl auch der Ausdruck etwas falsch ist, d.h., wir haben einen Umwandlungsprozes in unserem Lande, den soziologischen Umwandlungsprozes, den wir nicht stoppen können, den wir nicht ignorieren können, wie ich sagte, den wir aber auch nicht abwarten und einfach zusehen dürfen, sondern wir müssen in unserer Politik, und das trifft für die Verhandlungen in der EWG zu bis zu den Problemen der Mehrwertsteuer, dafür sorgen, daß nicht lebensfähige, mittelständische Existenzen in Landwirtschaft oder Gewerbe durch ungerechtfertigte einschneidende Maßnahmen unserer Wirtschaft und Steuerpolitik nicht mehr leben können und dann dem Zug der Konzentration erliegen. (Beifall). Ein schwieriges Programm. Man sagt im allgemeinen, die Politiker reden, was gefällt. Jetzt habe ich auch etwas gesagt, was gefällt. Jetzt sage ich etwas, was vielleicht weniger gefallen wird, Daß es natürlich und, denken Sie nur an die Zusammenlegung von Höfen, andie Aufstockung der Betriebe bei Handwerk und Handel, daß es natürlich auch Existenzen gegeben hat, die in der rasanten wissenschaftlich-technischen Entwicklung allein nicht mehr lebensfähig gewesen sind. Das hört man nicht sehr gerne, das weiß ich. Es ist aber nicht so, daß Landwirtschaft und Mittelstand zum Aussterben verurteilt sind. Erstens gibt es in beiden Bereichen Tüchtige und weniger Tüchtige. Der Tüchtige wird immer leichter überleben als der weniger Tüchtige. Der Fleißige wird immer leichter überleben als der weniger Fleißige. Es kann nicht die Aufgabe des Staates sein, durch Intervention oder Subvention etwa Untüchtigen und nicht lebensfähigen Elementen eine künstliche Daseinsverlängerung zu geben. Ich weiß, das hört man nicht gerne, aber wenn man am Aschermittwoch redet, und nicht nur am

Aschermittwoch, dann soll man nicht nur sagen was gefällt, weil viele Bauern und Mittelständler da sind, sondern dann muß man auch sagen, wir müssen Mittelstand und Bauerntum durch diese neue Welt der wissenschaftlich-technischen industriellen Revolution hindurchbringen. Und dafür müssen die Steuerpläne des Staates und dafür müssen die Mittel des Staates eingesetzt werden, nicht für nutzlose Subventionen da oder dort. Und deshalb sehen wir auch all das, was da jetzt in Bonn an Gesetzesprojekten sich in verschiedenen Stadien befindet, unter diesem Gesichtspunkt. Wir sehen mit sehr kritischen Augen die neue Entwicklung des Sozialpakets, mit sehr kritischen Augen. Wir haben zwar zum großen Teil in der Gesamtfraktion dafür gestimmt, aber in der klaren Erkenntnis, für die Krankenversicherungsreform gestimmt in der klaren Erkenntnis, daß das eigentlich keine Reform mehr ist.: Wir wollten nur nicht als bayerische Revolutionäre von neuem wieder den Anschein erwecken, als ob wir dem allgemeinen Glück im Wege stehen würden. Die Umlagerung des Kindergelds auf den Staat mit der Verbesserung der Leistungen wird kommen, sie ist ein Anliegen unserer christlichen sozialen Familienpolitik. Aber die Mehrheit der CSU, ich wage es nicht, den Letzten zu verpflichten, die überwiegende Mehrheit der CSU in Bonn ist nicht mehr in der Lage, der Lohnfortzahlung durch den Arbeitgeber zuzustimmen, wenn die Voraussetzung dafür, nämlich die Krankenversicherungsreform mit der Selbstbeteiligung weggefallen ist. Ich wage auch nicht das Schicksal des Sozialpakets zu prädestinieren und zu präjudizieren, aber ich möchte unsere Haltung umreissen. Es gibt eine Mehrheit in der Fraktion der CDU/CSU, auch eine Mehrheit in der Landesgruppe der CSU, die diesem schlechtgewordenen Gesetz zur Änderung des Krankenversicherungsrechtes zustimmen wird, weil infolge der Haltung des Koalitionspartners leider ein besseres Gesetz nicht zu erreichen war. Wir stimmen selbstverständlich den Verbesserungen des Kindergeldes zu mit der Abwälzung der Leistungen auf den Staat, weil die Wirtschaft ja durch die Krankenversicherung dann stärker belastet wird und wir stimmen nicht zur der Lohnfortzahlung durch den Arbeitgeber, weil die Voraussetzungen dafür nicht mehr gegeben sind. Wir sehen auch unter den Aspekten der Gesellschaftspolitik, wie ich es vorher

sagte, Erhaltung eines lebensfähigen bäuerlichen und gewerblichen Mittelstandes, sehen wir auch Pläne wie z.B. die Mehrwertsteuer. Ich möchte jetzt nicht hier zu vorgerückter Stunde ein Kolleg über Mehrwertsteuer etwa halten. Es spricht vieles für eine wettbewerbsneutrale Umsatzsteuer, wenns wirklich eine wettbewerbsneutrale Umsatzsteuer wird. Aber wir werden auf einige Punkte sehr scharf achtgeben, z.B. darauf, daß nicht durch dieses Steuergesetz eine Büromehrarbeit bei den kleinen und mittleren Betrieben entsteht, die ohnehin schon heute ohne Steuer- und Sozialberater gar keine richtigen Entschlüsse mehr fassen können. Und wir werden auch darauf sehen, daß durch dieses Gesetz nicht ein Mehrbedarf bei der Finanzverwaltung entsteht, der immerhin in einer Größenordnung von 3000 schon von Experten angekündigt worden ist. Wir bekennen uns zum öffentlichen Dienst und zu einer diesem Berufsstand entsprechenden Besoldung des Beamten, gleichgültig, ob er Lehrer, Verwaltungsbeamter, Polizeibeamter, ist, aber wir sehen nicht die Aufgabe der Gesetzgebung darin, den Bedarf an Staatsbediensteten noch zu erhöhen. (Beifall). Denn die Frage der Besoldung der Beamten hängt ja auch mit der Zahl der Beamten und der Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienste zusammen. Darum sehen wir diese Mehrwertsteuer erstens unter diesem Gesichtspunkt, daß nicht der kleine: und mittlere Betrieb - wen triffts denn dort, doch sehr häufig die Frau, die mitarbeitende Ehefrau, die ohnehin schon heute kein Dienstmädchen mehr kriegt, wenn sie im Betrieb tätig ist und ein paar Kinder hat und wenn sie eins kriegt, dann erlaubt ihr die Steuer, daß sie für das Dienstmädchen, wenn sie drei Kinder hat, 800 Mark oder 1200 Mark im Jahr absetzen kann, während in Wirklichkeit alles in allem 4, 5 oder 6000 Mark kostet, nicht wie bei der Sekretärin, die kann man voll absetzen, ein Dienstmädchen, das kann man nicht absetzen. Auch das muß einmal steuerrechtlich durchgesehen werden, weil nämlich das keine familienfreundliche Maßnahme ist und weil unsere Frauen in den bäuerlichen und mittelständischen Betrieben immer mehr und mehr belastet werden und weil gerade die Büronebenarbeit in erster Linie die Frau trifft in diesen Betrieben. Darauf werden wir achtgeben. Wir werden zweitens achtgeben, daß nicht das Handwerk, der Handel und die Landwirtschaft

durch diese Mehrwertsteuer, die dann zwar äußerlich gesehen wettbewerbsneutral ist, stärker betroffen wird. Ich kann die Einzelheiten des Gesetzentwurfes nicht erläutern, aber das hängt dann mit der Frage der Abschreibungen und mit der Frage des Vorabzugs der früher geleisteten Umsatzsteuern zusammen und wir werden drittens darauf achten, daß bei den freien Berufen eine Regelung eintritt, die endlich demgeistigen Wert und der schaffenden Bedeutung dieser Berufe auch gerecht wird. Und wenn wir in dieser Legislaturperiode das Gesetz nicht mehr verabschieden, dann ist das auch keine Katastrophe. Wir wollen uns ehrlich bemühen, eine wettbewerbsneutrale Umsatzsteuer zu schaffen, auf keinen Fall kann diese Umsatzsteuer in Kraft treten vor dem 1. Januar 1966 oder 67. Und wenn unsere Überlegungen dazu führen, daß man das Problem noch einmal durchdenken muß, dann ist es keine Katastrophe, wenn wir dieses Gesetz nicht mehr verabschieden, sondern dann ist es besser, im nächsten Bundestag mit dem erarbeiten Material und mit den erarbeiteten Gedankengängen des letzten Bundestages die Arbeit weiterzuführen, als einen Schritt zu tun mit Umstellung des Steuerrechtes, der von unübersehbarer Bedeutung sein kann. Natürlich klingt es gut, was zur Zeit in den Zeitungen steht: Eine Reform der Einkommenssteuer im mittelständischen Bereiche mit gewissen Angleichungen nach unten und ohne Er höhungen nach oben bedeutet insgesamt einen Ausfall von 3 Milliarden Mark, insgesamt, davon trifft den Bund 39 % und die Länder 61 %. Aber, zwischen diesem lobenswerten Vorhaben, die Steuern zu senken, und den Anforderungen, die an den Staat in Gemeinden, Ländern und Bund gestellt werden, herrscht ein echter Unterschied, herrscht eine echte Differenz, derer Überbrückung noch nicht gelungen ist, d.h. nicht, daß wir uns gegen die Senkung der Steuern weden, welcher Politiker würde sich gegen die Senkung der Steuern wenden, ein altes Rezept für den Politiker ist, immer für Sparsamkeit zu predigen, aber nicht zu sagen, wo gespart werden soll. Für Sparsamkeit zu predigen, macht sich immer gut, zu sagen, wo gespart werden soll, das schafft einem nur Unbehagen und Ärger und Verdruß und Vorwürfe und Kritik usw. Darum wendet sich nie ein Politiker gegen Steuersenkungen. Ich möchte nur für einen Grundsatz hier mich äußern

nämlich, daß Steuersenkungen nur in dem Maße möglich sind, Steuersenkungen, Steuerumbau ist eine andere Frage, Steuersenkungen nur in demMaße möglich sind, daß nicht die Erfüllung lebenswichtiger Aufgaben durch die öffentliche Hand, Gemeinden, Länder und Bund, gefährdet wird. Nur in diesem Maße sind Steuersenkungen möglich. Und dann geistert ja immer durch die Landschaft das Wort von der Inflation. Nun, wir haben schon Inflationen in unserem Leben erlebt, ich habe heute schon zwei erwähnt, 1923 und dann 1948. Sicherlich sind die Lebenshaltungskosten seit dem Jahre 1950 gestiegen, wenn auch die Berechnungen sehr unterschiedlich sind, je nachdem, wie man sie anstellt. Die Statistik ist ja oft ein sehr gefügiges Werkzeug. Man kann mit einer Statistik alles beweisen und auch das Gegenteil von allem, je nachdem, wie man sie anwendet. Man soll auch nicht jede Preiserhöhung schon als eine Kaufkraftentwertung bezeichnen. Und dann das törichte Wort von der Inflation plappern. Denn wer von der Inflation ohne Not spricht, der eistet nämlich einen Beitrag zur Inflation. Wenn dieses Wort von der Inflation dann immer so gespenstisch angewendet wird, dann würden die Menschen beginnen, falsch zu reagieren, sie tun es gar nicht, denn die ungeheure Zunahme der Spareinlagen, gerade in Bayern, gerade der kleinen Sparer, beweisen ja, daß bei uns Vertrauen zur Währung besteht. Das Vertrauen zur Währung muß auch erhalten bleiben und darf nicht durch Ausgabenbeschlüsse von Regierung und Parlament gefährdet werden. Aber man darf, da ist mein Freund Haniel der Spezialist dafür (Beifall). Ich könnte über dieses Thema sehr wohl reden, aber erlauben Sie mir, daß ich es hier nicht tue, aber glauben Sie ja nicht, daß ich ihm ausweichen würde, ich weiß sehr wohl, das ich dazu sagen wurde, ich sage aber das Gegenteil davon, was Haniel als freier Abgeordneter im Parlament gesagt hat, das ist sein Recht und mein Recht ist es, anders zu denken. Im übrigen wüßte ich sehr wohl, wo man auch 3 Millionen einsparen könnte. Meine sehr verehrten Frauen und Männer, ich habe gesprochen, daß nicht jede Preiserhöhung auch eine Kaufkraftentwertung ist. Als der Deutsche Bundestag einstimmig z.B. die Erhöhung des Trinkmilchpreises von 44 auf 50 Pfennig beschlossen hat, so hat diese Umstellung mit einer Entwertung der Kaufkraft gar nichts zu tun. Sondern das ist eine Verlagerung von Knufkraft gewesen durch einen politisch-administrativen Beschluß in der Absicht, für die Lebensfähigkeit unserer Landwirtschaftnicht nur Versammlungsreden zu halten, sondern auch eine unpopuläre Maßnahme zu beschließen. Denn wenn alles Preissenkungen verlangt und gleichzeitig Hilfe vom Staat, so geht es nicht. Oder ein anderer Beschluß, die Durchführung des Lückeplanes, d.h. die allmähliche Aufhebung der Zwangswirtschaft bei den Wohnungen, das hat auch mit Kaufkraftentwertung nichts zu tun. Und ein dritter, sehr wesentlicher Sektor: Im gesamten Dienstleistungsgewerbe, in dem es großenteils ja keine kommerziellen Profite gibt, im gesamten Dienstleistungsgewerbe verlangen Arbeiter und Angestellte, gleichgestellt zu werden in ihren Löhnen und in ihren Gehältern mit den Arbeitern und Angestellten der Spitzenreiter bei der Industrie, den chemisch-elektrotechnischen und Erdölbetrieben. Und wenn heute der Omnibuschauffeur, der Lokomotivführer, der Eisenbahner, der Postschaffner, und der Friseur, wenn auch inverschiedenem Maße, mehr verdienen, so kann der Mehrverdienst nicht vom Himmel fallen, sondern den muß ein anderer zahlen. Man kann nicht die Mark, die das Haarschneiden etwa mehr kostet, als Subvention vom Staat etwa leisten. Daran gibt es keinen Zweifel. Was erleben wir heute, wir erleben einen Prozeß der soziale Integration. Der Kommunismus hat von der klassenlosen Gesellschaft geschwärmt. Nirgendwo sind die Klassenunterschiede stärker, als im kommunistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem. Bei uns kann man ohne jede Übertreibung sagen, daß sich die Unterschiede, nicht nur dem Einkommen nach, sondern vor allem auch der gesellschaftlichen Stellung und dem gesellschaftlichen Ensehen nach zwischen den Schichten, verschiedenen Schichten mehr und mehr auszugleichen begonnen haben. Es wird weder jemals eine völlige Gleichheit des Vermögens noch des Einkommens geben, noch der gesellschaftlichen Stellung geben, es gibt nämlich auch Gescheite und Dumme und dazwischen noch viele Spielarten. Da gehts nämlich schon an, die Diffierenzierung zwischen den Leuten. Es gibt Faule und Fleißige und dazwischen viele Spielarten, gelegentlich Fleißige und gelegentlich Faule usw. Aber ein Ergebnis der großen soziologischen Umwandlung, in der wir leben, ist der Aufstieg des Arbeiter- und Angestelltenstandes. Und dazu, meine

Damen und Herren, das sage ich gerade euch Bauern und Mittelständlern, dazu sagen wir nicht nur nicht nein, sondern das haben wir bewußt herbeigeführt, weil wir damit inneren Frieden, weil wir damit wirtschaftliche Stabilität und weil wir damit für Sie als Produzenten, sei es Landwirte, sei es Handwerker, eine kaufkräftige Schicht geschaffen haben. (Beifall). Die Sozialdemokratie hat in diesem, hat im letzten Jahr ihren hundertsten Geburtstag gefeiert. Sie hat dabei ein bischen in ihrem Geburtskalender radiert, denn ich wüßte eigentlich nicht, warum im Jahre 1863 die Sozialdemokratie begründet worden sein sollte. Damals sind die marxistischen Arbeiterverbände, aber nicht als politische Partei, zusammengeführt worden. Die Sozialdemokratie ist erst 1869 gegründet worden. 1863 ist der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein gegründet worden von Lassalle, der wurde aber damals von den Sozialisten heftig bekämpft, von den Sozialdemokraten, Allerdings, was der Herr Wehner mir sagte, ihr Denkmal ist ihnen schon sicher. Ich habe gesagt, ich lege auf ein Denkmal gar keinen Wert bevor ich weiß, wer es errichtet, wo es errichtet wird und warum es errichtet wird (Beifall). Ich habe dabei nicht so sehr an Stalin gedacht mit den Denkmälern, sondern an das Marx-Denkmal der deutschen Sozialdemokratie, das ist zwar nicht umgerissen worden, aber das ist verhüllt worden und ist von den geschickten Regisseuren des SPD-Theaters in die alte Theaterrequisitenkammer abgest ellt und dafür ist die Lassalle-Büste enthüllt worden. Aber mit Denkmälern hat sich so etwas. Aber immerhin der Gründungsauftrag des demokratischen Sozialismus war legitim im 19. Jahrhundert, das kann man nicht bestreiten. Es gab in dem Pionierzeitalter des modernen Industrielebens eine kapitalistische und soziale, man kann ruhig sagen asoziale und antisoziale Periode. Es gab eine Periode der Ausbeutung des Arbeiters und seiner Familien. Es gab eine Gleichstellung der Arbeitskraft mit irgendeiner Ware, die man im Laden kaufen kann, ohne daß man die menschlichen Faktoren dabei gesehen hat. Das war die Zeit, gegen die sich die Sozialisten aus materiellen Gründen und gegen die sich die christliche Soziallehre aus ideellen Gründen auflehnte. Ich möchte gar nicht die Geschichte dieser Ideen etwa verfolgen, nur eines möchte ich sagen, daß die Politik

Erhards und Adenauers, ich muß jetzt sagen Erhards, weil er die Marktwirtschaft begründet hat, bevor Adenauer Kanzler wurde. Adenauer hat sie durchgetragen und jetzt ist Erhard wieder dran, weil die Politik Erhards und Adenauers mit diesem ungeheuren Aufstieg der Lebensverhältnisse der breiten Millionenmassen unseres Volkes die Erfüllung dessen ist, was die Sozialisten im 19. Jahrhundert als Idealziel gepredigt und in ihrem Leben nie erreicht haben und mit ihrer Politik auch nie hätten erreichen können. (LBeifall). Was sie im übrigen nicht dazu sagen, ist die Tatsache, daß sie 100 Jahre alt sind, aber davon 96 Jahre in der Opposition waren und in den 4 Jahren, in denen sie regiert haben, sich nicht gerade mit übermäßigem Ruhm bedecken konnten. Meine sehr verehrten Frauen und Männer, und Hand in Hand damit geht Faktor, das ist, wie hier schon mehrmals erwähnt, die wissenschaftlich-technisch industrielle Revolution. Wir stehen an der Schwelle eines neuen Zeitalters und haben bereits den ersten Schritt hineingetan. In den letzten 50 Jahren ist die wissenschaftliche Erkenntnis und ihre technische Anwendung umfangreicher gewesen als in der gesamten Geschichte der modernen wissenschaftlich-technischen Industrie überhaupt. Man konnte früher sagen, daß sich etwa alle 100 Jahre die wissenschaftliche Erkenntnis verdoppelt habe. Sagen wir vom ausgehenden Mittelalter an kann man sagen, daß sich bis zum Beginn des modernen Industrie-Zeitalters die wissenschaftliche Erkenntnis alle 100 Jahre verdoppelt hat. Man kann sagen, daß eine wissenschaftliche Erfindung etwa 30, 50 Jahre später zu einer technischen Anwendung geführt hat. Newton, der große Physiker, Watt, der Erfinder der Dampfmaschine. Dieses Tempo hat sich vom Jahre 1850 an etwa immer mehr und mehr beschleunigt. Und es ist seit den letzten 50 Jahren nicht nur immer gleich geblieben, nicht nur gleich geblieben, sondern es hat sich auch das Tempo des Zuwachses immer noch verstärkt. Und wir können das überhaupt nicht aufhalten. Es ist kein Zufall, daß zwei Dinge zusammenfallen hierbei, daß nämlich einmal der Mensch durch das Eindringen in den Atomkern Kräfte bekommen hat, die bis dahin dem Schöpfer vorbehalten waren, die noch niemals ein menschliches Wesen in seiner Hand vereinigen k wate. Diese Kräfte können für gute und für schlechte Zwecke verwendet werden. Die Menschen hätten

schon 100 Jahre mit allen Kanonen und Panzern Krieg führen müssen, um sich gegenseitig auszurotten, heute ist das innerhalb weniger Tage möglich. Innerhalb weniger Tage möglich und es ist innerhalb weniger Stunden möglich, eine halbe Milliarde Menschen auszulöschen. Das ist heute überhaupt kein Problem mehr. Wohl ist es ein Problem, aber kein technisches. Und umgekehrt bietet diese wissenschaftlich-technische Revolution ungeahnte Lebensmöglichkeiten. Meine Damen und Herren, wenn wir heute unser Leben um 100 Jahre zurückschrauben müßten, dann müßte ein Brittel der Bevölkerung in der Bundesrepublik verhungern. Ein zweites Drittel würde am Existenzminimum vegetieren. Und nur eine ganz kleine Schicht würde unter den Umständen leben, unter denen heute der Durchschnitt unserer Bevölkerung lebt. Das ist ein Gesetz, in dem wir drinstehen und in demwir uns behaupten müssen. Und deshalb sagen wir auch und bitten um Verständnis dafür in der Öffentlichkeit, daß wir für unser Schulwesen, für unsere Berufsausbildung, für unsere wissenschaftliche Ausbildung, für unsere technische Forschung und industrielle Anwendung aber auch Anwendung im landwirtschaftlich-gewerblichen Bereiche immer mehr Mittel aufbringen müssen. Wir können nicht dem Konsum der Gegenwart opfern, was die Lebenschancen und Lebensnotwendigkeiten der kommenden Generation benötigen. Dafür bitten wir um Verständnis. Und Hand in Hand damit geht etwas, meine Damen und Herren, geht etwas, was auch in immer rascherem Tempo sich vollzicht, das ist die Zunahme der Bevölkerung euf der Welt, das ist der sechste und letzte Faktor, wir haben zur Zeit 3 Milliarden Menschen auf der Erde, im Jahr 2003, wenn meine Kinder 40 Jahre alt sein werden oder würden, sind es ungefähr 3 Milliarden Menschen undim Jahr 2050 20 Milliarden Menschen, die auf der Erde leben müssen. Das ist ohne die Mittel der modernen Wissenschaft und Technik überhaupt nicht mehr möglich. Ich sehe sonst auch gar keine Lösung dieses Problems, was heißt das bei uns, daß heißt bei uns, das wir mit einer zwar langsamer wachsenden als die indische Bevölkerung wächst, die chinesische Bevölkerung wächst, aber mit einer langsam aber stetig wachsenden Bevölkerung auf immer engerem Raume auskommen müssen und daß deshalb sich die Dinge hart im Raume stoßen. Und hier kommen wir auf ein ganz großes Froblem: Das Zusammenleben der Menschen in der modernen Massengesellschaft.

Unvollständiges Wortprotokoll der Vilshofener Aschermittwochsrede des Landesvorsitzenden der CSU, Bundesminister a.D. Franz Josef Strauß.